

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Russland verschärft die Bedingungen für den Exit ausländischer Unternehmen: Wer sich zweieinhalb Jahre nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine zum Rückzug vom russischen Markt entschließt und sein Geschäft jetzt verkaufen will, wird ab sofort noch geringere Erlöse dafür erzielen. Nach übereinstimmenden Berichten verschiedener russischer Medien, hat die russische Regierung jetzt sowohl die sogenannte „Exit-Steuer“, als auch den Mindestrabatt für ausländische Unternehmen, die sich aus dem Land zurückziehen wollen, deutlich erhöht. Demnach müssen Vermögenswerte der ausländischen Unternehmen nun mit einem Mindestabschlag von 60 Prozent statt wie bisher 50 Prozent verkauft werden, zusätzlich muss der Käufer eines Unternehmens einen „freiwilligen“ Beitrag in Höhe von 35 Prozent anstelle von 15 Prozent des Verkaufspreises an die russische Staatskasse abführen. Die Regelung gilt angeblich ab sofort und auch für alle noch laufenden Verfahren.

Unterdessen haben die Vertreter der EU-Mitgliedsländer in Brüssel für eine neue Sanktionskategorie gestimmt und setzen ab sofort auf besondere Strafmaßnahmen gegen Personen, die für sogenannte hybride Angriffe oder Sabotage verantwortlich gemacht werden. Mit den ersten Listungen wird in Kürze gerechnet.

Angesichts nicht abreißender Meldungen über gezielte oder unbeabsichtigte Umgehungen von EU-Sanktionen – auch in diesem Update sind eine größere Zahl zu finden – veröffentlichten die G7-Länder Leitlinien zur Umsetzung von Sanktionen durch die Unternehmen. Ebenfalls aktualisiert wurden dazu zwei Hinweispapiere des Bundeswirtschaftsministeriums.

Wie immer freuen wir uns über Feedback oder ergänzende Hinweise zum Ost-Ausschuss-Update Sanktionen und wünschen Ihnen frohe Herbsttage!

Ihre Redaktion

OA-Update 2024/12
Stand: 16. Oktober

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

OA-Positionspapier zum Thema Russland-Sanktionen und Auswirkungen auf die Gesundheitswirtschaft

Das Ost-Ausschuss-Positionspapier, das Ende September fertiggestellt wurde, beschäftigt sich mit Wettbewerbsverzerrungen, die durch unterschiedliche Praxis bei Exporten entstehen. Unternehmen des MedTech- und Pharma-Sektors stoßen in der EU auf rechtliche Herausforderungen, die weit über vergleichbare Beschränkungen hinausgehen, die die USA erlassen haben.

Zwar ist der Gesundheitssektor von Sanktionen ausgenommen, aber durch die starke Belastung des BAFA mit Prüfungen gleichwohl negativ tangiert. Deutsche und EU-Unternehmen müssen Anträge auf Einzelausfuhrgenehmigung bei der jeweils zuständigen Behörde stellen und sind dadurch mit längeren Lieferzeiten als US-Unternehmen im selben Sektor konfrontiert. Die Bearbeitungszeiten betragen nach den Erfahrungen deutscher Medizintechnikhersteller zwischen zwei und sieben Monaten. Demgegenüber haben die USA per 29. April 2024 für die Lieferung von „medical devices“ und zugehörigen spare parts, components, etc. eine „License Exception MED“ eingeführt. Der Ost-Ausschuss schlägt in dem Positionspapier deshalb weitere Verfahrenserleichterungen auch für deutsche Unternehmen vor.

Bei Interesse an dem Thema, wenden Sie sich im Ost-Ausschuss gerne an:

Dr. Martin Hoffmann, m.hoffmann@oa-ev.de

OA-Umfrage: Chancen und Probleme auf dem ukrainischen Markt

Trotz des andauernden Krieges in der Ukraine und fortgesetzter russischer Luftangriffe wächst in deutschen Unternehmen die Bereitschaft, in die Ukraine zu reisen. Laut einer aktuellen Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, an der sich rund 70 deutsche Unternehmen mit Interesse an Geschäften in der Ukraine beteiligten, haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 28 Unternehmen seit Kriegsbeginn bereits eine oder mehrere Reisen in die Ukraine durchgeführt oder sind dort wieder fest stationiert. Weitere 24 können sich sehr gut vorstellen, demnächst erstmals wieder in die Ukraine zu reisen.

Zu den großen Bremsen eines Engagements in der Ukraine zählen weiterhin der unsichere Versicherungsschutz bei Personenreisen und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionsprojekte. Nur 20 der befragten Unternehmen sehen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell ausreichend gegen Kriegsschäden abgesichert, 19 Unternehmen konnten ihr Personal zumindest teilweise absichern, 29 Unternehmen verfügen nach eigenen Angaben bislang über keinen passenden Versicherungsschutz.

Was die Absicherung von Neuinvestitionen in der Ukraine und Exportgeschäften mit ukrainischen Partnern betrifft, hat die Bundesregierung zwar trotz des Krieges ihre Garantieinstrumente für deutsche Unternehmen offengehalten, diese entfalten aber

bislang noch nicht die erhoffte Wirkung, wie die Umfrage zeigt. Viele Unternehmen, die Projekte in der Ukraine vorantreiben wollen, klagen über einen weiterhin unzureichenden Zugang zu Finanzierung. Als Folge der weiterhin schwierigen Zugänge internationaler und ukrainischer Unternehmen zu privatem Kapital würden in der Ukraine derzeit fast nur Unternehmen aktiv, die Projekte mit Eigenkapital finanzieren können oder ins Raster einer der internationalen Förderbanken passen und sich durch den dazugehörigen Antragsdschungel schlagen.

Hier finden Sie den kompletten Bericht und die Auswertung der Umfrage.

[Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland: Warum sollten sie? - Eastblog - derStandard.at › International](#)

Zur derzeitigen Lage in Kyjiw empfehlen wir Ihnen zudem diesen Reisebericht:

[Triumph über die Angst | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wachablösung im Osthandel

In den ersten acht Monaten 2024 ist der deutsche Handel mit Russland nach den vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts um weitere 31 Prozent gesunken. Dabei ging der Import aus Russland um 55 Prozent zurück, während die Exporte um 20 Prozent sanken. Der deutsche Handel mit der Ukraine wuchs hingegen um 13 Prozent. Russland fiel damit in der Rangliste der 29 Ost-Ausschuss-Länder hinter die Ukraine auf Platz neun zurück und liegt nur noch knapp vor Kasachstan an zehnter Stelle. Bis zu Beginn der vollumfänglichen Invasion in der Ukraine und der Verschärfung der EU-Sanktionen hatte Russland hinter Polen und Tschechien in dieser Auflistung auf Rang drei gelegen. Hier finden Sie die vollständige Handelstabelle für die Region:

[Deutscher Osthandel Jan-Aug 2024.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

2. Deutschland

Tagesschau: Deutsche Maschinen gelangen weiter nach Russland

Nach Recherchen des Südwestrundfunks gelangten im Jahr 2023 mehr als 300 Maschinen aus Deutschland nach Russland, die für die Herstellung von Fahrzeugteilen oder Munition in Russland genutzt werden können. Oft spielten dabei Zwischenhändler in der Türkei eine wichtige Rolle. Da Importe von Gütern, die militärisch genutzt werden können, aufgrund der Sanktionen verboten sind, versuche Russland, möglichst viel im eigenen Land zu produzieren. Aber auch die Lieferung von Maschinen, die für diese Militärproduktion in Russland benötigt werden, hat die EU längst sanktioniert. Dennoch gelangen nach SWR-Recherchen die Produkte von deutschen Maschinenbauern weiterhin in relevanten Mengen nach Russland.

Laut russischen Zollunterlagen, die dem SWR vorliegen, gab es bis Ende Dezember 2023 mehr als 300 Lieferungen deutscher Hersteller nach Russland. Bei den meisten davon handele es sich um große Industriemaschinen oder sogenannte CNC-Maschinen. Diese computergesteuerten Maschinen könnten vollautomatisch zum Beispiel Stahl schneiden, Bleche biegen oder Metallteile verschweißen. Die Herstellung von Fahrzeug- oder Flugzeugteilen oder Munition sei ohne solche Maschinen fast undenkbar.

Olena Yurchenko vom Economic Security Council of Ukraine warnt, dass 80 Prozent der CNC-Maschinen in Russland heute in der Militärproduktion eingesetzt werden: „Mit computergestützten CNC-Maschinen können sie viel schneller und präziser produzieren, was gerade im Waffenbereich äußerst wichtig ist. Dadurch können sie letztendlich noch tödlichere Waffen herstellen. Und Deutschland ist Marktführer bei der Produktion dieser Maschinen mit einem Anteil von bis zu 30 Prozent in Russland.“

Deutsche Maschinen kommen bei Militärlieferern großflächig zum Einsatz, das konnte der SWR durch Video- und Fotoaufnahmen nachweisen. Die russischen Unternehmen Parsek, Kamaz, NIR oder Industrial Solutions beliefern das russische Militär mit Motoren und Teilen für Flugzeuge und Raketen. In all diesen Unternehmen werden deutsche Maschinen genutzt. Der SWR konnte jetzt mehr als 30 deutsche Hersteller identifizieren, deren Maschinen im vergangenen Jahr nach Russland importiert wurden, viele von Ihnen mit Sitz in Baden-Württemberg. In rund zwei Drittel der Fälle wurden die Maschinen über die Türkei nach Russland importiert. Die involvierten türkischen Zwischenhändler haben nach SWR-Recherchen zum Teil direkte Verbindungen nach Russland, manche wurden sogar von russischen Unternehmern gegründet.

Sanktionsexperte Benjamin Hilgenstock von der Kyiv School of Economics fordert bessere Kontrollen bei diesen Maschinen: „Sanktionsumgehung ist enorm lukrativ. Es wird sich meistens jemand in einem Drittland finden, der sich dafür hergibt und dafür fürstlich entlohnen lässt.“ Man könne jedoch das Ausmaß der Sanktionsumgehung dramatisch unterbinden, so Hilgenstock: „Letztlich müssen wir an den Punkt gelangen, dass die Behörden ganz klarstellen, dass Exportkontrollen durchgesetzt werden müssen, dass es für die Glaubwürdigkeit des Sanktionsregimes entscheidend ist, dass die Privatwirtschaft hier mitwirkt.“

Ein Sanktionsverstoß würde vorliegen, sofern den deutschen Herstellern bekannt wäre, dass diese Maschinen zum Beispiel über die Türkei weiter nach Russland geliefert werden sollen. Auf SWR-Anfrage teilten die deutschen Maschinenbauer mit, dass sie sich stets an die Sanktionsvorschriften halten würden. Sie könnten sich nicht erklären, wie ihre Maschinen nach Russland gelangt seien - offenbar hätten die türkischen Händler gegen Auflagen verstoßen, ohne Wissen der deutschen Produzenten. Überprüfen ließen sich diese Aussagen laut SWR nicht.

Die ukrainische Sanktionsexpertin Olena Yurchenko sieht die EU in der Pflicht: „Wir brauchen ganz dringend den politischen Willen auf europäischer Ebene, die Sanktionsbestimmungen zu verschärfen - zum Beispiel, wenn es im Russland-Geschäfte von Tochterfirmen europäischer Unternehmen geht. Wir müssen die Sanktionen so verschärfen, wie im Bankensektor, das würde helfen.“

Die Firma Walter Maschinenbau aus Tübingen wird laut SWR mit elf Lieferungen in den russischen Zolllisten im Jahr 2023 aufgeführt. Walter-Maschinen kommen in großer Stückzahl beispielsweise beim russischen Unternehmen NIR JSC zum Einsatz. Das Unternehmen beliefert laut ukrainischen Sicherheitsbehörden das russische Militär mit Flugzeug- und Raketenmotoren. Die Firma Walter ließ mehrere Anfragen des SWR unbeantwortet.

Das Maschinenbau-Unternehmen Vollmer aus Biberach hat im vergangenen Jahr vier große, jeweils mehrere Tonnen schwere Maschinen der Marke Vollmer nach Russland importiert. Fragen zu seinen Russland-Geschäften beantwortete das Unternehmen trotz mehrmaliger Anfrage nicht. Von der Fein GmbH aus Schwäbisch-Gmünd habe es insgesamt sieben Lieferungen nach Russland gegeben. Konkrete Fragen des SWR beantwortete das Unternehmen nicht, teilte lediglich allgemein mit, "dass wir seitens der C. & E. Fein GmbH alle Maßnahmen ergreifen, um die Sanktionsvorschriften einzuhalten. Darüber hinaus bitten wir um Ihr Verständnis, dass wir keine weiteren Angaben machen.“ Maschinen des Herstellers Heller in einer russischen Fabrik
Maschinen der Firma Heller sind auf Videoaufnahmen bei mehreren russischen Unternehmen zu sehen.

Maschinen der Firma Heller aus Nürtingen will der SWR auf Videoaufnahmen bei mehreren russischen Unternehmen entdeckt haben, die auch für das russische Militär arbeiten - darunter die Firmen Parsek und Kamaz.

Die Firma Heller teilte auf Anfrage mit, dass man sich an sämtliche Sanktionsbestimmungen halte und sich nicht erklären könne, auf welchem Weg im vergangenen Jahr Maschinen nach Russland geliefert wurden. Auch hier waren nach SWR-Recherchen türkische Zwischenhändler involviert. Der SWR konnte weitere deutsche Maschinenhersteller identifizieren, deren Produkte von Militär-Zulieferern in Russland genutzt werden. Der Verband der deutschen Maschinenbauer teilte dazu mit: „Wir gehen davon aus, dass sich die Hersteller von Maschinen- und Anlagen grundsätzlich an Sanktionsregelungen und Gesetze halten. Unternehmen oder Zwischenhändler, die sich nicht an die für sie geltende Rechtslage halten, machen sich strafbar. Einen Lieferstopp in die Türkei lehnen wir ab.“

Sanktionsexperte Hilgenstock von der Kyiv School of Economics vermutet, dass die deutschen Firmen nicht immer wüssten, dass ihre Produkte nach Russland gelangen. „Aber sie könnten es durchaus sicherstellen, wenn sie es versuchen würden.“ Hilgenstock fordert daher, die Kontrollpflichten für Unternehmen zu verschärfen, denn es würde „einen erheblichen Unterschied machen, wenn eine Firma weiß, dass sie eventuell in rechtliche Probleme gerät und dann auch mit finanziellen Strafen konfrontiert ist, wenn sie bestimmte Schritte in der internen Kontrolle ihrer Lieferketten nicht unternimmt.“

[Deutsche Maschinen für Russlands Militär | tagesschau.de](#)

Hinweispapier der G7 zu Sanktionsumgehung

Im September hat die Gruppe der G7-Länder, die sich um eine einheitliche Umsetzung der westlichen Sanktionen gegen Russland bemüht, ein neues Hinweispapier für Unternehmen zur Umsetzung der Sanktionen veröffentlicht, das auch die Maßnahmen Russlands zur Umgehung von Sanktionen beschreibt. Zudem enthält das Leitliniendokument:

1. Eine Systematisierung der Güterliste, bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, dass sie nach Russland umgeleitet werden
2. Aktualisierte Indikatoren für eine mögliche Umgehung von Ausfuhrkontrollen und/oder Sanktionen
3. Bewährte Praktiken für die Industrie zum Umgang mit diesen Warnhinweisen
4. Wichtige Links zu Screening-Tools und Ressourcen zur Unterstützung bei der Sorgfaltsprüfung.

Das Hinweispapier bündelt die wichtigsten Orientierungshilfen für Unternehmen auf sieben Seiten und stellt eine gute Grundlage zur Überprüfung der betriebsinternen Abläufe dar. Hier finden Sie das Dokument auf der Seite der EU-Kommission:

[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1_en \(europa.eu\)](#)

Wirtschaftsministerium aktualisiert Hinweispapiere zur Verhinderung von Sanktionsumgehung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat zwei Hinweispapiere zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen für Unternehmen und deren ausländischen Töchter aktualisiert und dabei auch Anregungen von Verbändeseite aufgegriffen. Die beiden aktualisierten Papiere sind hier zu finden:

[BMWK - Sanktionsumgehung – Hinweis ausländische Tochterunternehmen](#)

[BMWK - Sanktionsumgehung](#)

Unilever verlässt Russland

Unilever, Produzent von Lebensmittelmarken wie Cornetto, Magnum und Dove, verkauft sein Russlandgeschäft an einen Kreml-nahen Käufer. Dies berichtet die FAZ unter Berufung auf das Unternehmen mit Sitz in London. Käufer sei die Arnest Gruppe, ein russischer Hersteller von Parfüm, Kosmetik- und Haushaltsprodukten. Einen Preis nannte Unilever demnach nicht. Laut der britischen Wirtschaftszeitung „Financial Times“ erzielte der Konzern 520 Millionen Euro für seine Tochtergesellschaft in Russland mit vier Werken sowie Aktivitäten in Belarus. Die russische Zeitung „RBC“ hatte kürzlich einen Preis von nur 40 Milliarden Rubel (380 Millionen Euro) berichtet.

Westliche Verkäufer werden in Russland zu Verkäufen unter Marktwert gezwungen. Für die Arnest Gruppe sei es in jedem Fall ein weiterer sehr günstiger Zukauf. Sie hat schon mehrere westliche Werke und Marken sehr billig übernommen, teils zu absoluten Schleuderpreisen wie im Fall von Heineken.

Unilever-Vorstandschef Hein Schumacher sagte laut FAZ: „Wir haben im vergangenen Jahr das Geschäft von Unilever Russland sorgfältig auf einen möglichen Verkauf vorbereitet. Diese Arbeit war sehr komplex und umfasste die Trennung von IT-Plattformen und Lieferketten sowie die Umstellung der Marken auf Kyrillisch.“ Nun sei die Präsenz von Unilever in Russland beendet. Moskau habe den Verkauf genehmigt.

Der Kreml hat Verkäufern aus „unfreundlichen“ Staaten einen zwangsweisen mindestens 50-prozentigen Preisabschlag vorgeschrieben. Ohne dies wird der Verkauf nicht genehmigt. Außerdem erhebt Russland eine Ausstiegssteuer von inzwischen 15 Prozent. Beim Verkauf macht der Kreml also Kasse. Laut einem jüngeren „RBC“-Bericht erwägt die russische Regierung sogar, die „Exit Tax“ auf 40 Prozent anzuheben. Gemäß Moskauer Budgetdaten hat die Steuer in diesem Jahr bis Ende August schon rund 140 Milliarden Rubel (etwa 1,4 Milliarden Euro) eingebracht. Zugleich stehen die noch verbliebenen Konzerne im Westen unter Druck von Aktivisten und der Kiewer Regierung, die sie auffordert, nicht mehr in Russland tätig zu sein.

[Unilever verkauft Russland-Geschäft: 32 Monate nach Kriegsbeginn \(faz.net\)](#)

Manager Magazin erwartete Klagewelle gegen Unternehmen wegen Sanktionsumgehung in den USA

Laut einem Bericht des Manager Magazins (Paywall) vom 1. Oktober bereiten ukrainische Institutionen, unterstützt durch US-amerikanische Anwaltskanzleien, Klagen gegen Unternehmen vor, deren Bauteile in russischen oder iranischen Waffensystemen verbaut wurden. Das könnten Standardhalbleiter sein, aber auch Elektronikteile für Waschmaschinen oder Kühlschränke, elektrische Steckverbindungen oder Spezialwerkzeuge. Komponenten aus westlicher Produktion werden weiterhin auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine gefunden, etwa in Raketen, Drohnen und gepanzerten Fahrzeugen. Es überwiegen bei den Funden aus westlicher Produktion Teile, die auf US-

Hersteller zurückgehen, aber auch Teile deutscher Hersteller werden nach ukrainischen Angaben weiterhin gefunden.

Die Unternehmen und ihre Bauteile hätten dazu beigetragen, dass Menschen verletzt und getötet wurden sowie Infrastruktur beschädigt wurde. Das indiziere, dass die Unternehmen und ihre Geschäftsleiter ihre im europäischen Sanktionsrecht geregelten Sorgfaltspflichten nicht eingehalten hätten, berichtet das Manager Magazin. Nach Interpretation der Anwaltskanzleien hätten sie ihre Augen davor verschlossen, dass die beim Export angegebenen „Endnutzer“ und „Endverwendungszwecke“ vermutlich unwahr waren.

Das Risiko solcher Klagen wirft ein Schlaglicht auf ein bei vielen Geschäftsleitungen und Aufsichtsräten gefährlich unterbelichtetes Rechtsfeld: das Exportkontroll- und Sanktionsrecht, kommentiert das Manager Magazin. In einer von geopolitischen Polykrisen und einer neuen Blockbildung gekennzeichneten Handelswelt seien Unternehmen immer stärker gezwungen, deutsches, europäisches und in der Praxis auch US-Sanktionsrecht zu befolgen.

Auch deutsche Unternehmen müssten sich in diesem Umfeld darauf einstellen, dass Rechtsstreitigkeiten mit vielfältigen Stakeholdern bevorstehen - ähnlich wie bei Lieferketten- und Klimaschutzklagen, kommentiert das Manager Magazin. Vor diesem Hintergrund sei es entscheidend konzernweite Compliance- und Risikomanagementstrukturen aufzubauen und eine Third-Party-Due-Diligence der Geschäftspartner einzuführen. Bei nahezu jeder M& A-Transaktion gehöre die Sanktions-Compliance in die Due Diligence, die Verträge müssten entsprechende Garantien, Freistellungen oder Handlungspflichten enthalten. Ohne laufende Rückkoppelung zum Beispiel mit Vertrieb, Risikomanagement, Rechtsabteilung und Stakeholder-Relations könnten Risiken nicht früh entdeckt, Sanktionen, Klagen oder Medienkampagnen nicht verhindert werden.

Hier der ganze Magazinbeitrag (Paywall)

[Ukraine-Krieg: Wie gefährlich der Einsatz von Bauteilen in Waffen für Firmen werden kann - manager \(manager-magazin.de\)](https://www.manager-magazin.de/News/Arbeitsmarkt/2024/09/26/ukraine-krieg-wie-gefaehrlich-der-einsatz-von-bauteilen-in-waffen-fuer-firmen-werden-kann-manager-manager-magazin.de)

Ehepaar soll illegal Streamingangebote für russische Sender vermarktet haben

In einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Karlsruhe erfolgten am 26. September 2024 Durchsuchungsmaßnahmen bei einem Ehepaar, welches in Verdacht steht, entgegen bestehender Sanktionsbestimmungen russische TV-Sender über das Internet angeboten zu haben. Dies berichtet der deutsche Zoll in einer Pressemitteilung.

Bei den Tatverdächtigen handele es sich um einen 37-jährige Deutschen und seine 42-jährige Ehefrau mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Beide sollen mindestens seit Anfang 2022 mehrere sanktionierte russische TV-Sender über einen IP-TV-Dienst ihren Kunden angeboten haben. Mutmaßlich umfasste das Angebot dabei auch bekannte Sender wie "Rossiya 1" und "Russia Today". Hinsichtlich der vermutlich erzielten Erlöse in Höhe von

rund 120.000 Euro hat das Amtsgericht Karlsruhe in selber Höhe Vermögensarreste zur Einziehung der illegalen Einnahmen erlassen.

Im Rahmen des gestrigen Einsatzes wurden umfangreiches technisches Equipment, schriftliches Beweismaterial sowie 40.000 Euro Bargeld sichergestellt. Die Internetadresse (Domain), über die der IP-TV Dienst erreichbar ist, wurde beschlagnahmt. Die Ermittlungen des Zollfahndungsamts Stuttgart dauern an. Bei einer Verurteilung drohe den Tatverdächtigen nach dem Außenwirtschaftsgesetz eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr.

[Zoll online - Pressemitteilungen - Streaming-Angebot für russische TV-Sender gestoppt](#)

Kampf gegen Internetkriminalität – BKA schaltet Server ab

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main – Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) – und das Bundeskriminalamt (BKA) haben nach eigenen Angaben 47 in Deutschland gehostete Exchange Services abgeschaltet, die für kriminelle Zwecke genutzt wurden. Es handelte sich um Plattformen, auf denen herkömmliche Währungen und Kryptowährungen umgetauscht werden konnten, heißt es dazu in einer Pressemitteilung des Bundeskriminalamts.

Den Betreibern der nun abgeschalteten Exchange-Services wird von den Behörden vorgeworfen, bewusst durch mangelhafte Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben zur Geldwäschebekämpfung (sog. Know-Your-Customer-Prinzip) in großem Stil die Herkunft kriminell erlangter Gelder verschleiert, und sich somit der Geldwäsche und dem Betreiben krimineller Handelsplattformen im Internet gemäß §§ 127, 261 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 4 StGB strafbar gemacht zu haben.

Konkret ermöglichten die Exchange-Services laut Angaben der Behörden Tauschgeschäfte ohne Durchlaufen eines Registrierungsprozesses und ohne Prüfung von Identitätsnachweisen (sog. Know-Your-Customer-Prinzip). Das Angebot war darauf gerichtet, schnell, einfach und anonym Kryptowährungen in andere Krypto- oder digitale Währungen zu tauschen, um so deren Herkunft zu verschleiern.

Exchange-Services, die solche anonymen Finanztransaktionen und somit Geldwäsche ermöglichen, stellten einen der relevantesten Bausteine in der kriminellen Wertschöpfungskette des Phänomenbereichs Cybercrime dar. Unter den Nutzern befanden sich Ransomware-Gruppierungen, Darknet-Händler und Botnetz-Betreiber, die über solche Dienste erpresstes Lösegeld oder andere Taterträge in den regulären Währungskreislauf einbringen, um das kriminell erlangte Geld verwerten zu können.

Im Zuge der Maßnahmen konnten BKA und ZIT nach eigenen Angaben sowohl umfangreiche Nutzer- als auch Transaktionsdaten von den abgeschalteten Exchange-Services sicherstellen. Diese Daten stellen wertvolle Ermittlungsansätze bei der Bekämpfung von Cybercrime dar.

Weitere Informationen zu den sichergestellten Plattformen sind auf der Webseite <https://www.finalexchange.de> zu finden.

Vollständige Pressemitteilung des BKA:

[BKA - Listenseite für Pressemitteilungen 2024 - Cybercrime: Erfolgreicher Schlag gegen die Infrastruktur von digitalen Geldwäschern der Underground Economy](#)

Embargoverstöße mit Luxusautos

Die Staatsanwaltschaft Bonn führt gemeinsam mit dem Zollfahndungsamt Essen - Strukturermittlungsgruppe Wirtschaftskriminalität Münster - ein Ermittlungsverfahren gegen den Verantwortlichen eines freien Autohandels in Königswinter wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Dies berichtet der Zoll in einer Pressemitteilung. Er soll eine Vielzahl von Luxusfahrzeugen mit einem Warenwert von über vier Millionen Euro - unter Vortäuschung von rechtmäßigen Ausfuhren in Drittländer - tatsächlich nach Russland verkauft und verbracht und dadurch gegen das bestehende Ausfuhrernbargo verstoßen haben. Am 26. September 2024 wurden zwei Objekte in Königswinter durchsucht und neben Beweismitteln zugleich auch zwei Luxusfahrzeuge sowie ein Konto in Vollstreckung eines Vermögensarrestes gepfändet.

[Zoll online - Pressemitteilungen - Embargoverstöße mit Luxusautos](#)

3. Europäische Union

EU bringt Milliarden-Paket für Ukraine auf den Weg

Die Europäische Union hat ein neues Ukraine-Hilfspaket von bis zu 35 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer stimmten in Brüssel für die Kredite für dieses und das kommende Jahr, erklärte der Rat als Vertretung der Mitgliedstaaten. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte der Ukraine die sogenannte Makrofinanzhilfe im September bei einem Besuch in Kiew in Aussicht gestellt.

Die EU geht damit nach Brüsseler Angaben in Vorleistung zu einem Hilfspaket von 50 Milliarden US-Dollar (rund 46 Milliarden Euro), das die G7-Länder der Ukraine bei ihrem Gipfeltreffen in Italien im Juni zugesagt hatten. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach danach von einer "historischen Entscheidung". Ungarn blockiert allerdings wichtige Details der Initiative auf EU-Ebene.

Das 50-Milliarden-Paket soll über Zinsgewinne auf eingefrorene russische Vermögenswerte in Europa finanziert werden. Ungarn verhindert bisher einen Beschluss für eine längerfristige Nutzung dieser Zinsgewinne im Rahmen der Russland-Sanktionen der EU. Bisher müssen die Sanktionen alle sechs Monate einstimmig erneuert werden. Die EU-Kommission hatte den Mitgliedsländern eine auf drei Jahre verlängerte Abschöpfung der Zinserlöse vorgeschlagen, was die prorussische Regierung von Viktor Orban aber ablehnt.

Für die neuen europäischen Kredite von bis zu 35 Milliarden Euro reichte unter den Mitgliedsländern eine qualifizierte Mehrheit aus - also 15 Mitgliedsländer, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen. Die EU-Staaten müssen die Hilfen noch formell beschließen, auch eine Zustimmung des Europaparlaments ist erforderlich. Beides soll wegen der angespannten Finanzlage der Ukraine bis Ende Oktober erfolgen.

Die EU erwartet laut dem Kommissionsvorschlag, dass die G7-Partner - namentlich die USA, Japan und Kanada - "den verbleibenden Kreditbetrag abdecken", um doch noch auf die 50 Milliarden US-Dollar zu kommen. Wegen der ungarischen Blockade zeigten sich die USA zuletzt laut Diplomaten aber zurückhaltend über ihre Beteiligung und machten Haftungsfragen geltend. Sollte der Republikaner Donald Trump die Präsidentschaftswahl am 5. November gewinnen, wäre eine US-Beteiligung vermutlich hinfällig, heißt es in Brüssel.

[Zinsen aus russischem Vermögen: EU bewilligt Milliarden-Euro-Paket für die Ukraine - n-tv.de](#)

Neue Kategorie von Russlandsanktionen der EU

Die Europäische Union hat den Weg für verschärfte Sanktionen gegen Russland geebnet. Die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer stimmten in Brüssel für Strafmaßnahmen gegen Personen, die für sogenannte hybride Angriffe oder Sabotage verantwortlich sind.

Dazu zählen Aktivitäten, welche „die Demokratie, den Rechtsstaat, die Stabilität oder Sicherheit unterlaufen oder gefährden“. Konkret zählt die EU dazu Aufrufe zu gewalttätigen Demonstrationen oder Umstürzen oder die Einflussnahme auf Wahlen. Sanktioniert werden soll aber auch die Einschüchterung von Kritikern Russlands oder gezielte Desinformation. Auch Cyberangriffe oder Sabotageakte wie Brandstiftung oder Angriffe auf wichtige Infrastruktur können damit leichter bestraft werden. Die gelisteten Personen werden mit Einreisesperren belegt, womöglich in Europa vorhandenes Vermögen wird eingefroren.

Die zusätzliche Sanktionsregelung dient nach Angaben der dpa der Abwehr von verschiedenen russischen Destabilisierungsversuchen. Erstmals werde konkret auch die Instrumentalisierung von Migranten genannt. So wurde Russland zuletzt vorgeworfen, Schutzsuchende aus anderen Ländern gezielt nach Finnland zu schleusen.

Im nächsten Schritt sollen nun Sanktionsbeschlüsse gegen konkrete Personen und Organisationen ergehen. Dies werde in Kürze geschehen, hieß es in Brüssel von Diplomaten. Als einen Grund der russischen Destabilisierungsversuche sehen die EU-Staaten die starke europäische Unterstützung für die Ukraine. Unter anderem deswegen versuche Moskau, die EU und ihre Mitgliedstaaten zu schwächen, erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. "Dies wird jedoch nicht gelingen", fügte er laut dpa hinzu. Die Unterstützung für die Ukraine werde so lange wie nötig geleistet werden.

Die neue, bei einem Ministertreffen in Luxemburg beschlossene Sanktionsregelung ergänzt eine ganze Reihe bereits bestehender Rechtsrahmen, mit denen die EU auf Russlands aktuelle Politik reagiert.

Bereits seit längerem gibt es die weitreichenden Wirtschaftssanktionen wie Einfuhrverbote für Rohöl, Kohle, Stahl, Gold und Luxusgüter sowie Strafmaßnahmen gegen Banken und Finanzinstitute. Zuletzt wurde im Mai 2024 nach dem Tod des Kremlkritikers Alexej Nawalny ein neuer Rechtsrahmen zur Sanktionierung schwerer Menschenrechtsverletzungen in Russland beschlossen.

Borrel fordert Sanktionen gegen Schattenflotte

Der Leiter der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Josep Borrel, hat laut einem Bericht des russischen Kommersant vom 15. Oktober den Leitern der diplomatischen Vertretungen der EU vorgeschlagen, die Sanktionen gegen die russische Schattenflotte zu verstärken. Seiner Meinung nach umgeht Russland mit Hilfe der Schattenflotte die 2022 verhängten Ölsanktionen der westlichen Länder.

„Die Zahl der Schiffe der russischen Schattenflotte, mit deren Hilfe Moskau die Ölpreisobergrenze umgeht, nimmt zu. Ich habe vorgeschlagen, eine Verschärfung der Sanktionen zu diskutieren“, sagte Borrel nach einem Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg zitiert von RIA Novosti.

Düngemittelimporte aus Russland steigen stark an

Die Ausfuhren von Mineraldünger aus Russland in die Europäische Union stiegen im August im Vergleich zum Vorjahr um 43 Prozent auf 3,3 Millionen Tonnen, berichtet die Wirtschaftszeitung „Wedomosti“ unter Berufung auf Daten von Metals & Mining Intelligence (MMI). In Geldwerten ausgedrückt, stiegen die Exporte demnach um 32 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro. Russland bleibt damit ein wichtiger Exporteur von Düngemitteln, die nicht sanktioniert wurden, wie „bne IntelliNews“ zuerst berichtet hatte. Laut „Wedomosti“ entfiel der Großteil der Exporte im August auf Mehrnährstoffdünger (Mehrnährstoffdünger mit mehreren Nährstoffen), deren Lieferungen im Vergleich zum August 2023 um das 1,8-fache auf 1,2 Millionen Tonnen gestiegen sind. Die Kalidüngerexporte in die EU stiegen sogar um das 2,6-fache auf 0,37 Millionen Tonnen. Die Ausfuhren von Stickstoffdünger stiegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 13 Prozent auf 1,7 Millionen Tonnen.

Die größten Abnehmer russischer Düngemittel in der EU waren nach Angaben von Märkte Weltweit Medien Polen (857.000 t), Frankreich (380.000 t) und Deutschland (375.000 t). Polen steigerte seine Einfuhren im Vergleich zum Vorjahr um das 2,7-fache, Frankreich erhöhte seine Einfuhren um 18 Prozent, Deutschland dagegen reduzierte seine Käufe um 17 Prozent.

Klage abgelehnt: Anwälte dürfen weiterhin keine russischen Unternehmen beraten

Europäische Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte dürfen seit zwei Jahren keine russischen Unternehmen beraten. Russische Investments in der Europäischen Union sollen so deutlich erschwert werden – und zwar über alle Branchen hinweg. Als das Verbot im Herbst 2022 in Kraft trat, ging mehreren europäischen Anwaltskammern die Maßnahme zu weit: Sie widerspreche der freien Berufsausübung und dem rechtsstaatlichen Grundsatz, dass sich jeder seinen Anwalt selbst aussuchen kann. Doch mit einer Klage gegen das Verbot sind Kammern aus Belgien und Frankreich nun in erster Instanz vor dem Europäischen Gericht (EuG) gescheitert, wie der Standard berichtet.

Die Sanktionsverordnung verbietet es, die russische Regierung oder russische Unternehmen „unmittelbar oder mittelbar“ zu beraten. Ausgeschlossen sind auch die Beratung von russischen Anwälten, die wiederum russische Unternehmen vertreten. Das Verbot zielt vor allem darauf ab, reine Beratungsleistungen zu erschweren, etwa bei Vermögens- oder Unternehmenstransaktionen oder bei Handelsverträgen im Import/Export. Es gibt jedoch Ausnahmen: So bleibt zum Beispiel die Beratung von russischen Privatpersonen weiter erlaubt. Bestimmte Tätigkeiten können genehmigt werden, wenn sie humanitären oder diplomatischen Zwecken dienen. Ausgenommen sind zudem die Beratung bei der Beendigung von Verträgen und die Vertretung in „streitigen“ Angelegenheiten. Gemeint sind damit Verfahren vor staatlichen Gerichten, privaten Schiedsgerichten oder Verwaltungsbehörden.

Diese Ausnahmen sind es auch, die das Verbot aus Sicht des Europäischen Gerichts zulässig machen. Die EU-Grundrechte gewährleisten zwar „jedermann das Recht auf einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz“. Die Betonung liegt aber auf „gerichtlich“,

und gerade in „gerichtlichen“ Streitigkeiten dürfen Anwältinnen und Anwälte laut der Sanktionsverordnung weiterhin russische Unternehmen vertreten. Das gilt auch für Beratungsleistungen, die einem Gerichtsverfahren vor- oder nachgelagert sind. Zudem dürfe die anwaltliche Tätigkeit Beschränkungen unterworfen werden, „die durch dem Gemeinwohl dienende Ziele der Union gerechtfertigt sind“. Nach Auffassung des Gerichts verfolgt das fragliche Verbot, so wie es durch die Ausnahmen begrenzt ist, „dem Gemeinwohl dienende Ziele, ohne die grundlegende Aufgabe der Anwälte in einer demokratischen Gesellschaft in ihrem Wesensgehalt anzutasten.“

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Anwaltskammern könnten dagegen ein Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) einlegen.

[Klage gescheitert: Anwälte dürfen weiterhin keine russischen Unternehmen beraten - Wirtschaft - derStandard.at › Wirtschaft](#)

Prozess um beschlagnahmte Flugzeuge in Russland startet

Wie die Frankfurter Rundschau berichtet, läuft in London seit Anfang Oktober ein „Mega-Prozess“ von Eigentümern von Flugzeugen gegen verschiedene Versicherungsunternehmen beginnen. Die Klage soll die Versicherungen dazu zwingen, Versicherungsleistungen für Flugzeuge zu erbringen, die seit dem russischen Angriff auf die Ukraine in Russland festgehalten werden. Es geht um einen Streitwert von mehreren Milliarden US-Dollar. Der Rechtsstreit betreffe unter anderem die Versicherer AIG, Chubb, Swiss Re und Lloyd’s of London. Zu den Klägern gehöre unter anderem AerCap, eine der weltweit größten Leasinggesellschaften für Verkehrsflugzeuge. Allein sie fordere etwa drei Milliarden US-Dollar von den Versicherungsunternehmen. Die in Russland festgehaltenen Flugzeuge hätten insgesamt einen Wert von mehr als zehn Milliarden US-Dollar. Parallel zu diesem Prozess liefen Rückversicherungsprozesse, unter anderem in Dublin, und eine Anhörung vor dem High Court in Großbritannien sei für November angesetzt.

Die Anwälte der Versicherer argumentieren, dass die Flugzeuge nicht verloren sind. Sie wurden weder zerstört noch enteignet, daher könne es möglich sein, sie auf irgendeine Weise zurückzuerlangen. Das Gericht muss unter anderem klären, ob die Eigentümer überhaupt die erforderliche Versicherung haben, um welche Art von Versicherungsschutz es sich handelt und was der rechtliche Grund für den Verlust ist – ob Russland das Flugzeug enteignet hat oder ob es von Fluggesellschaften gestohlen wurde.

Statt die Flugzeugbesitzer zu enteignen, begann Russland in den folgenden Monaten allerdings damit, die Flugzeuge zu erwerben. Laut dem Thinktank Wilson Center aus Washington befanden sich im April 2024 noch etwa 400 ausländische Flugzeuge in Russland, rund 170 davon hatte das Land den Eigentümern legal abgekauft. Bis heute nutzt Russland die Flugzeuge für seine Fluggesellschaften, sie wurden weder zerstört noch beschlagnahmt. Sanktionen verhindern jedoch, dass sie westliche Länder anfliegen können, wo sie wieder in Besitz genommen werden könnten.

Das russische Transportministerium soll bereits um zusätzliche finanzielle Mittel gebeten haben, um auch die verbleibenden 230 Maschinen zu erwerben. Ob dies geschehen wird, ist ungewiss – bisher hat Russland für diese Käufe den nationalen Wohlfonds angezapft und etwa 190 Milliarden Rubel (rund 1,8 Milliarden Euro) ausgegeben. Das Wilson Center warnt zudem vor Sicherheitslücken bei den ausländischen Flugzeugen. Aufgrund westlicher Sanktionen hat Russland nur eingeschränkten Zugang zu notwendigen Ersatzteilen und Software-Updates, was langfristig dazu führen kann, dass Russland die Flugzeuge am Boden halten muss. Der Thinktank schätzt, dass dies in etwa zwei Jahren der Fall sein könnte.

[Putin zielt auf westliche Flugzeuge – Auslöser für einen „Mega-Prozess“ \(fr.de\)](#)
[Flugzeuge in Russland gestrandet: Swiss Re steht vor Gericht | DiePresse.com](#)

Ungarn bezieht nun Rohöl direkt aus Russland

Die Öllieferungen des russischen Konzerns Lukoil nach Ungarn wurden im Rahmen geänderter Verträge wieder aufgenommen, teilte der ungarische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaftsbeziehungen Peter Szijjarto mit. Die Öllieferungen würden jetzt an der Grenze zwischen Weißrussland und der Ukraine entgegengenommen, heißt es in einer Meldung des russischen Kommersant. „Ja, sie sind wieder aufgenommen worden. Wir haben den Liefervertrag geändert, was bedeutet, dass wir jetzt Öl an der Grenze zwischen Weißrussland und der Ukraine abnehmen“, sagte demnach Szijjarto am Rande des Internationalen Gasforums in St. Petersburg laut TASS. Nach Ansicht des Ministers trägt Ungarn wegen der Ukraine zusätzliche Risiken und Kosten für den Erhalt von russischem Öl. Er bezeichnete das Vorgehen Kyjiws als unfreundlich und beschuldigte die Europäische Kommission der Untätigkeit.

Estland verschärft Zollkontrollen

Seit dem 8. August ist die estnische Steuer- und Zollbehörde (ETCB) an den Grenzübergängen Narva, Koidula und Luhamaa von risikobasierten Zollkontrollen zu vollständigen Zollkontrollen übergegangen und kontrolliert alle Personen, Fahrzeuge und Waren, die die Grenze von Estland nach Russland überqueren. Innerhalb eines Monats wurden fast 600 Verstöße festgestellt.

„In den ersten sieben Monaten dieses Jahres, als noch keine vollständigen Zollkontrollen eingeführt waren, haben wir durchschnittlich 22 Verstöße pro Tag festgestellt. Nach der Einführung der vollständigen Zollkontrollen ist diese Zahl auf 18 gesunken. Dies zeigt, dass die Einführung der vollständigen Zollkontrollen eine klare Präventionsbotschaft für diejenigen ist, die die Grenze überqueren“, sagte Ursula Riimaa, stellvertretende Generaldirektorin für Zoll bei der ETCB. „Obwohl die Zahl der Verstöße zurückgegangen ist, ist sie immer noch besorgniserregend hoch, und die Zollbeamten arbeiten täglich sowohl an Warenkontrollen als auch an der Sensibilisierung.“

Insgesamt habe die ETCB 399 Verstöße am Grenzübergang Narva, 100 Verstöße am Grenzübergang Luhamaa und 84 Verstöße am Grenzübergang Koidula festgestellt. Laut Riimaa war der Übergang zur vollständigen Zollkontrolle ein wichtiger Schritt, um die Anwendung internationaler Sanktionen sicherzustellen und die Verbringung verbotener Waren, einschließlich für Kriegszwecke verwendeter Güter, nach Russland zu verhindern. „Wie in der Vergangenheit wurden auch im letzten Monat verbotene Waren wie Teile und Zubehör von Schusswaffen, Ersatzteile für Fahrzeuge und Maschinen, Batterien und Propellerblätter für Drohnen, Funkempfänger, Unterwasserkameras und Tauchcomputer entdeckt.“

Laut Riimaa sind die häufigsten Verstöße an Grenzübergängen nach wie vor Versuche, Euro-Banknoten nach Russland zu bringen. „Es ist verboten, Banknoten der EU-Mitgliedstaaten nach Russland mitzunehmen, und obwohl die Europäische Kommission bestimmte Möglichkeiten für Ausnahmen aufgezeigt hat, ohne Schwellenwerte für die Beträge festzulegen, ist der Euro in Russland kein offizielles Zahlungsmittel. Deshalb bitten wir diejenigen, die die Grenze überqueren, sich auf das geltende Verbot und nicht auf die Ausnahme zu konzentrieren, um Probleme zu vermeiden.“

Darüber hinaus wurden in diesem Monat wiederholte Verstöße, mehrere Fehler bei den Warencodes in einer Zollanmeldung, Fälschungen von Dokumenten usw. festgestellt. „In Bezug auf Letzteres stach der Grenzübergang Luhamaa besonders hervor“, betonte Riimaa und wies darauf hin, dass die vorsätzliche Verletzung von Sanktionen eine Straftat darstellt, in deren Fall der estnische Dienst für innere Sicherheit ein Strafverfahren einleitet und die Staatsanwaltschaft das Verfahren leitet.

Die ETCB erinnert diejenigen, die die Grenze überqueren, daran, dass man sich vor dem Grenzübertritt über internationale Sanktionen informieren sollte, um die Mitnahme verbotener Waren zu vermeiden. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Steuer- und Zollbehörde oder bei der Zoll-Informationsstelle.

Da vollständige Zollkontrollen mehr Zeit in Anspruch nehmen als risikobasierte Kontrollen, bittet die ETCB außerdem darum, mehr Zeit für den Grenzübertritt einzuplanen. Laut Riimaa bedeutet dies beispielsweise, dass es sich lohnt, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass bei Ankunft am Grenzübergang Narva spät in der Nacht die Grenzüberquerung möglicherweise erst am Morgen möglich ist. „Der Grenzübergang Narva ist von 7:00 bis 23:00 Uhr geöffnet, die Grenzübergänge Luhamaa und Koidula sind rund um die Uhr geöffnet“, erklärte Riimaa.

[Estonian Tax and Customs Board has detected nearly 600 violations on the Estonian-Russian border in the last month | Estonian Tax and Customs Board \(emta.ee\)](#)

Sanktionsumgehung über Nordnorwegen?

Nutzt Russland Häfen in Nordnorwegen als Hintertür für Waren, deren Export aufgrund des Krieges gegen die Ukraine sanktioniert ist? Dieser Frage ging der Barents Observer nach.

Norwegen hat zusammen mit der EU, den USA und Großbritannien die Liste der Produkte, deren Export nach Russland verboten ist, stetig erweitert. Am 2. Oktober übernahm Norwegen das 14. Sanktionspaket der EU als Teil der Reaktion auf die groß angelegte Invasion der Ukraine. Viele sanktionierte Produkte sind preiswert, wie etwa Mineralöl und Werkzeuge, die man in Einzelhandelsgeschäften kaufen kann. Mikrochips, Sensoren und sogar ein neues iPhone sind Beispiele für verbotene Produkte, die jeder in einem örtlichen norwegischen Elkjøp-Geschäft kaufen, einstecken und im Hafen an Bord des Schiffes gehen kann, bevor es zurück nach Russland fährt.

Der norwegische Zoll lehnte zunächst einen Antrag des Barents Observer ab, die Statistik beschlagnahmter Waren einzusehen. Diese Entscheidung wurde jedoch nach einer Beschwerde rückgängig gemacht. Die Liste war jedoch nicht lang: Es gab nur eine Beschlagnahmung in 18 Monaten. Der Zoll gab dabei nicht an, welcher verbotene Gegenstand beschlagnahmt wurde.

Der Abgeordnete des norwegischen Parlaments, Ola Elvestuen, ist nicht sonderlich überrascht. „Dies unterstreicht einmal mehr, dass russische Fischereifahrzeuge so schnell wie möglich aus den Häfen von Båtsfjord, Kirkenes und Tromsø verbannt werden müssen“, sagte er der Zeitung in einem Telefoninterview. „Wir haben keine Kontrolle. Die offenen Häfen in Nordnorwegen werden für den Export von sanktionierten Produkten genutzt. Diese Häfen hätten schon vor zwei Jahren geschlossen werden müssen“, sagt Elvestuen.

Russische Schiffe dürfen sich nur noch wenige Tage im Hafen aufhalten. Ihre Besatzungen dürfen sich jedoch weiterhin frei in den Stadtzentren von Tromsø und Kirkenes bewegen. Vor allem in Tromsø gibt es zahlreiche Geschäfte, die Elektronikartikel wie Spielzeugdrohnen, Nachtsicht- und Funknavigationsgeräte sowie eine Vielzahl anderer IT-Komponenten verkaufen, die jetzt unter die EU-Sanktionen fallen.

Die allgemeine Regel verbietet die Ausfuhr von Luxusgütern, die mehr als 300 Euro kosten. Es gibt jedoch viele Ausnahmen. Ein Smartphone mit einem Preis von bis zu 750 Euro ist erlaubt, während das neue iPhone 16 Pro mit einem Preis ab 1.400 Euro nicht ausgenommen ist.

Die jetzt veröffentlichten Zollstatistiken zeigen auch die Beschlagnahmung verbotener Waren in Storskog, dem einzigen Landgrenzkontrollpunkt Norwegens für Reisende nach Russland. „Die Zahl der beschlagnahmten sanktionierten Waren von Personen, die 2023 und im ersten Halbjahr 2024 aus Norwegen nach Russland ausreisen, beträgt jeweils 10 und 12 für jeden der Zeiträume“, heißt es in dem Brief an den Barents Observer. Im vergangenen Jahr gab es 72.173 Grenzübertritte, was einem Anstieg von 30 Prozent gegenüber 2022 entspricht. In den ersten neun Monaten des Jahres 2024 wurden in Storskog 45.800 Grenzübertritte gezählt, wie die für die Einwanderung zuständige Polizei mitteilt.

Der Zoll wird keine Einzelheiten bekannt geben. Wenn jedoch die 10 beschlagnahmten Produkte im Jahr 2023 von 10 verschiedenen Personen mitgeführt wurden, bedeutet dies, dass 0,014 Prozent aller Grenzgänger beim Versuch des Schmuggels illegaler Produkte erwischt wurden, schreibt die Zeitung und vermutet eine hohe Dunkelziffer.

Der Barents Observer hat beobachtet, dass viele Minibusse und Privatwagen in Storskog vor der Ausreise aus Norwegen nicht vom Zoll kontrolliert wurden.

Zahlen aus Estland und Finnland zeigten hingegen ein ganz anderes Bild. Der estnische Zoll stellte kürzlich fest, dass etwa jede siebte Person, die nach Russland reist, versucht, verbotene Produkte wie Mikrochips, sanktionierte Elektronik, Waffenteile, Drohnen und sogar eine Starlink-Antenne einzuführen.

Darüber hinaus verhinderte der estnische Zoll im Jahr 2024 die Ausfuhr von Bargeld im Wert von insgesamt 3.275.295 Euro nach Russland, wie die finnische Zeitung Helsingin Sanomat berichtete. Die Regierung in Tallinn beschloss im August dieses Jahres, an der Grenze zu Russland eine vollständige Zollkontrolle für jede einzelne Person einzuführen (siehe Meldung oben).

Die fünf Länder mit direkter Landgrenze zu Russland – Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland – haben alle damit begonnen, gemeinsame Anforderungen und Verfahren für die Kontrolle von Sanktionsgütern auf dem Weg nach Russland umzusetzen. Norwegen, das kein Mitglied der EU ist, ist an dieser Zusammenarbeit nicht direkt beteiligt.

Die Zeitung vermutet zudem einen Handel mit Luxusautos auch über Norwegen. Dieser Trend sei etwa in den baltischen Staaten zu beobachten. Demnach ließen Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft die Autos auf ihren eigenen Namen zu, fahren damit nach Russland, um sie dann nicht mehr zurückbringen.

[In the past one and a half years, only one confiscation has been made \(thebarentsobserver.com\)](https://thebarentsobserver.com)

Sanktionsumgehung mit Flugzeugteilen

Das Bezirksgericht Rotterdam hat einen Angeklagten der Umgehung von Sanktionen für schuldig befunden, weil er über sein Unternehmen Flugzeugteile an die russischen Unternehmen Ural Airlines, S7 Engineering und Siberia Airlines geliefert und absichtlich versucht hatte, Sanktionen zu umgehen, indem er behauptete, die Waren seien für Unternehmen in Tadschikistan, Serbien und der Türkei bestimmt.

Er wurde auf der Grundlage des niederländischen Sanktionsgesetzes zu einer Haftstrafe verurteilt:

- 32 Monate Freiheitsentzug;
- Geldstrafe in Höhe von 165 000 Euro (der Betrag auf seinem Firmenkonto);
- Beschlagnahme von 250.000 Euro und 8000 Dollar.

[ECLI:NL:RBROT:2024:9673, Rechtbank Rotterdam, 83-151106-23 \(rechtspraak.nl\)](https://rechtspraak.nl)

FAQ zu EU-Sanktionen:

Die EU-Kommission hat am 5. September veränderte FAQ zu den Themen „Erbringung von Dienstleistungen“ und „Einfrieren von Vermögenswerten“ veröffentlicht:

[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Asset freeze and prohibition to provide funds or economic resources - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Hier die aktuelle Gesamtübersicht der FAQ:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

4. Russland

Massive Erhöhung der „Ausstiegssteuer“ für Ausländer

Russland hat die sogenannte „Exit-Steuer“ und den Mindestrabatt für ausländische Unternehmen, die sich aus dem Land zurückziehen wollen, massiv erhöht. Dies berichtet Ostinsider Daily unter Berufung auf Moskow Times und RBC. Diese russischen Medien berufen sich wiederum auf anonyme Experten, die mit den neuen Regeln vertraut sein sollen.

Russland zwingt seit Dezember 2022 ausländische Unternehmen, ihre Vermögenswerte mit hohen Abschlägen an russische Käufer zu veräußern, und verlangt von ihnen eine Ausstiegsgebühr in Höhe des Transaktionswerts. Die Prozentsätze wurden schrittweise nach oben korrigiert, während ausländische Unternehmen, die in Russland verbleiben, mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, dass sie mit ihrem Ausstieg die russische Invasion in der Ukraine finanzieren würden. Die „freiwilligen Beiträge“ an die russische Staatskasse würden nach den neuen Regeln von 15 Prozent auf 35 Prozent des Kaufpreises angehoben, so „RBC“. Die Zeitung fügte hinzu, dass die ersten 25 Prozent innerhalb des ersten Monats nach der Vereinbarung, fünf Prozent innerhalb eines Jahres und die letzten fünf Prozent innerhalb von zwei Jahren zu zahlen sind. Die Kosten sind im Grundsatz vom Käufer eines Unternehmens zu tragen, werden aber nicht selten auf den Verkäufer abgewälzt, indem der Kaufpreis zusätzlich verringert wird.

„Reuters“ bestätigte die neuen Zahlen mit einer anderen anonymen Quelle, die sich mit russischen Fusionen und Übernahmen befasst. „RBC“ berichtete darüber hinaus, dass die russischen Vermögenswerte der ausländischen Unternehmen nun mit einem Abschlag von 60 Prozent statt wie bisher mit 50 Prozent verkauft werden müssen. Demzufolge erfordern die neuen Regeln zudem erstmals auch, dass Präsident Wladimir Putin Geschäfte im Wert von mehr als 50 Milliarden Rubel (520,3 Millionen US-Dollar) persönlich genehmigen muss.

Berichten zufolge hat eine Regierungskommission für ausländische Investitionen diese Woche die neuen Regeln verabschiedet. „Damit soll verhindert werden, dass ausländische Unternehmen – also ausländisches Kapital – Russland trotz der Sanktionen verlassen“, sagte Juri Nikolajew, geschäftsführender Partner der Anwaltskanzlei Nikolajew und Partner, gegenüber „RBC“. Es wurden keine Angaben dazu gemacht, wann die neuen Ausstiegsregeln voraussichtlich in Kraft treten werden. Die oben genannten Anforderungen gelten allerdings nach Informationen der Schneider Group sowohl für neue Anträge auf Erteilung einer Genehmigung durch die Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation als auch für solche, die bereits von den zuständigen Ministerien geprüft werden. Im letzteren Fall müssen die Antragsteller die Bedingungen der geplanten Transaktion anpassen und ihre Anträge entsprechend ändern.

Dem Bericht zufolge erhielt die russische Staatskasse von Januar bis August 2024 fast 140 Milliarden Rubel (1,45 Milliarden Dollar) aus „freiwilligen Beiträgen“ von ausscheidenden ausländischen Unternehmen. In den Monaten Januar bis Juni verkauften laut Ostinsider Daily 34 ausländische Unternehmen ihre russischen Vermögenswerte im Wert von 1,89

Milliarden Dollar. Das ist weniger als die 97 Unternehmen im Wert von 11,14 Milliarden Dollar, die laut dem Bericht im gesamten Jahr 2023 verkauft wurden. Hunderte von zumeist westlichen Unternehmen haben sich nach dem umfassenden Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 entweder ganz aus Russland zurückgezogen oder ihre Aktivitäten dort reduziert.

Siehe dazu auch:

[Russia Hikes 'Exit Tax,' Sales Discount for Foreign Companies – RBC - The Moscow Times](#)

[Russia to raise foreign company 'exit tax' to 35% from 15%, business daily reports | Reuters](#)

[Britischer Mega-Konzern verlässt Russland – Putin stellt hohe Hürden für den Exit auf \(fr.de\)](#)

[„Russia Exits“ werden teurer \(noerr.com\)](#)

Zu den beschlossenen Veränderungen beim Verkauf von Unternehmen in Russland bietet die Schneider Group am 17. Oktober ein Webinar an:

[New Exit Terms for Foreign Investors in Russia \(schneider-group.com\)](#)

Finanz-Sanktionen schwächen russischen Rubel

Die westlichen Sanktionen und der schwindende Yuan-Vorrat setzen Russlands Wirtschaft unter Druck, berichtete die Frankfurter Rundschau (FR). Anfang Oktober fiel der russische Rubel auf etwa 97 Rubel pro US-Dollar, den niedrigsten Stand seit Oktober 2023. Der Rubel hat auch gegenüber dem chinesischen Yuan und dem Euro an Wert verloren. Ein wichtiger Faktor, der den Rubel belastet, ist nach Angaben der FR das Auslaufen einer Ausnahmegenehmigung (General Licence) des US-Finanzministeriums am 12. Oktober. Diese Lizenz ermöglichte Transaktionen einiger russischer Finanzinstitute, wie zum Beispiel zwischen der Moskauer Börse (trotz Sanktionen) und dem National Clearing Center. Die Sonderlizenzen „General License 99“ und „General License 100“ waren eigentlich bereits am 13. August ausgelaufen, aber das US-Finanzministerium hatte sie bis zum 12. Oktober verlängert.

Die Moskauer Börse hat bereits den Handel mit Dollar und Euro eingestellt, und es besteht die Befürchtung, dass auch der Handel mit chinesischen Banken nach dem 12. Oktober zum Stillstand kommen könnte. Dies könnte die Versorgung Russlands mit Yuan einschränken. Laut Berichten von Business Insider, die sich auf Reuters beziehen, schrumpfen die Yuan-Reserven der russischen Banken stetig, da chinesische Banken aus Angst vor US-Sanktionen Abstand von Russland nehmen.

Noch vor einigen Monaten konnte Russland auf China als verlässlichen Partner in Bezug auf Import und Export zählen. China trat in vielen Bereichen als Ersatz für westliche

Käufer auf und kaufte beispielsweise einen Teil des Gases, das Russland nicht mehr in den Westen liefern konnte, allerdings zu Discountpreisen.

Mit der zunehmenden Verhängung von Sekundärsanktionen durch die USA und die EU, die direkt auf diejenigen abzielen, die Russland im Krieg unterstützen, wuchs jedoch die Besorgnis im Fernen Osten. Im September wurde bekannt, dass chinesische Banken „massenhaft“ Transaktionen mit russischen Unternehmen eingestellt hatten. Milliarden von Yuan waren betroffen. Laut Newsweek lehnten 98 Prozent der chinesischen Banken Yuan-Transaktionen zwischen Russland und China ab. Die Bank of China und die Industrial and Commercial Bank of China reduzierten ihre Aktiva in Rubel erheblich. „Langwierige Schwierigkeiten bei der Abwicklung“ führten dazu, dass chinesische Banken ihr Geschäftswachstum in Russland verlangsamt.

Nicht nur chinesische Banken distanzieren sich von Russland. Auch aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gab es erste Anzeichen einer Distanzierung, und eine Bank aus Singapur kündigte an, ihre Geschäfte mit Russland reduzieren zu wollen.

Seit Juni steht die Moskauer Börse auf den Sanktionslisten des Westens. Die USA sanktionierten das Finanzinstitut, das daraufhin nicht mehr in Euro oder US-Dollar handeln durfte. Dies war ein schwerer Schlag für die russische Wirtschaft, da Banken, Unternehmen und Investoren ihre Euro- und Dollar-Geschäfte nicht mehr über eine zentrale Börse abwickeln konnten und diese stattdessen direkt zwischen den Parteien stattfinden mussten.

Moskau versuchte, engere Beziehungen zu Peking aufzubauen, aber die veränderte Sanktionsstrategie der westlichen Verbündeten der Ukraine stellte diese Beziehungen auf die Probe. Vor einigen Wochen warnte die russische Zentralbank vor einer „Abkühlung“ der russischen Wirtschaft. Das Wachstum soll sich im kommenden Jahr 2025 „deutlich verlangsamen“ und zwischen 0,5 Prozent und 1,5 Prozent liegen, berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter Berufung auf Aussagen der Zentralbank.

Jetzt auch Singapur: Russlands Probleme bei Finanztransfers wachsen weiter

Die Oversea-Chinese Banking Corp. (OCBC), der zweitgrößte Kreditgeber in Singapur, teilte laut einem Bericht von Business Insider seinen Kunden mit, dass er ab Anfang November keine Transaktionen im Zusammenhang mit Russland mehr tätigen wird. Das sagte eine mit der Sache vertraute Person dem Nachrichtendienst „Bloomberg“. Laut dem Insider gehören dazu auch Transaktionen, die sich mit dem Transport oder dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen in Russland befassen. OCBC führte den Rückzug auf operative Herausforderungen in Bezug auf die Einhaltung von Vorschriften und Regelungen zurück. Diese Veränderungen sind auf die zunehmende Verzögerung von Kreditgebern, Geschäfte mit russischen Kunden einzugehen, zurückzuführen – angesichts Drohungen des Westens, weitere Sanktionen gegen Firmen, die inländische Geschäfte abwickeln, zu verhängen.

Ein staatliches russisches Medienunternehmen berichtete, dass fast alle chinesischen Banken die Verarbeitung von Zahlungen aus Russland eingestellt haben. Grund dafür ist ihre Angst, ins Visier genommen zu werden. Russland hat seine Yuan-Reserven beinahe

aufgebraucht. Anfang des Jahres wurden Unternehmen aufgrund von Zahlungsproblemen im Ausland um Milliardenbeträge ausgesperrt, so die russische Zentralbank.

Russlands Wirtschaft am Abgrund: Rubel durch Sanktionen im freien Fall

Ölkonzerne und Banken halten Russlands Wirtschaft stabil

Wenn es eine anschauliche Erklärung gebraucht hätte, warum Russland trotz Sanktionen und Exportbeschränkungen genug Geld hat, um den Krieg gegen die Ukraine zu führen: Ein Blick auf die Gewinne und die Gewinnentwicklung der größten Unternehmen des Landes liefert sie, schreibt die „Welt“.

Russland sei zweieinhalb Jahre nach Kriegsbeginn und eineinhalb Jahre nach Verhängung westlicher Ölexportbeschränkungen in erster Linie ein Ölstaat. Wie das kürzlich vom russischen Forbes-Magazin publizierte Ranking der gewinnstärksten Unternehmen des Landes für das Jahr 2023 zeigt, finden sich in den Top-10 sechs Ölkonzerne oder mit der Ölbranche verbundene Unternehmen. Den größten Überschuss erzielte im vergangenen Jahr mit 1,53 Billionen Rubel (zum jetzigen Kurs etwa 14,8 Milliarden Euro) der staatliche Branchenprimus Rosneft, dessen Geschäfte der ehemalige Vizechef der Präsidentialadministration im Kreml, Igor Setschin, führt. Gegenüber dem ersten Kriegsjahr 2022 konnte Rosneft 2023 seinen Gewinn fast verdoppeln.

Beim drittgrößten Ölkonzern Surgutneftegaz hat sich der Gewinn auf 1,32 Billionen Rubel (rund 12,6 Milliarden Euro) vervielfacht, beim zweitgrößten und privaten Ölkonzern Lukoil ist er zumindest kräftig gestiegen. Im ersten Kriegsjahr 2022 lag der Ölpreis höher als 2023 und im laufenden Jahr 2024. Zwischenzeitlich stieg er für die europäische Sorte Brent sogar auf über 120 Dollar je Fass. Der Preis für die russische Sorte Urals orientiert sich daran - mit Abschlägen. Zwar hätten die russischen Konzerne in ihren Bilanzen für 2022 viele Abschreibungen und sanktionsbedingte Abwertungen vornehmen müssen, erklärt der russische Ökonom Wladislaw Inosemzew, Mitbegründer des Zentrums für Analysen und Strategien in Europa, WELT. Aber die Bilanzen 2023 zeigen, „dass Russland mit dem Ölexport ausreichend Geld verdient“.

Das ist paradox. Denn die EU hat ab Dezember 2022 rund 90 Prozent der bisherigen russischen Importe unter Sanktionen gestellt und einen Ölpreisdeckel von 60 Dollar je Fass für Öl eingeführt. 2021 hatten die EU-Staaten noch Öl im Wert von 71 Milliarden Euro aus Russland importiert. „Wie bei vielen Sanktionen kam es auch beim Ölembargo und Ölpreisdeckel anfänglich zu einem Schock und zur beabsichtigten Wirkung, aber nach drei bis vier Monaten waren Wege zur Umgehung der Maßnahmen gefunden“, sagt Inosemzew. Russland lenkte seine Exportströme von Europa nach Asien um, speziell nach China und auffällig stark nach Indien. Zudem organisierte es eine eigene Schattenflotte.

„Außerdem umgehen die Konzerne den Preisdeckel, indem sie das Öl beim Verladen an der Landesgrenze formal verbilligt an Zwischenhändler abgeben, die es dann den Abnehmern teuer verkaufen“, sagt der russische Energieexperte Michail Krutichin der „Welt“: „Die Zwischenhändler aber sind häufig mit den Ölkonzernen selbst verbunden“.

Für das laufende Jahr werden 11,3 Billionen Rubel (rund 109 Milliarden Euro) an staatlichen Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkauf erwartet.

Bei den Einnahmen aus dem Gasexport im vergangenen Jahr zeigt sich ein geteiltes Bild. Gazprom war 2022 noch das größte russische Unternehmen. Ein Jahr später ist es nicht einmal mehr in der Forbes-Liste vertreten. Denn zum ersten Mal seit 1999 musste der Konzern einen Verlust hinnehmen - und zwar in Höhe von 629 Milliarden Rubel (gut sechs Milliarden Euro). Grund dafür ist die Dezimierung des europäischen Marktes, der einmal der wichtigste für den Konzern war. Auch wenn die Exporte nach China gestiegen sind, können sie die Verluste in Europa nicht ausgleichen. Dies wird auch in absehbarer Zeit nicht möglich sein, da China dem Bau einer weiteren Pipeline bisher nicht zugestimmt hat. Für einen groß angelegten Umstieg auf den Export von verflüssigtem Erdgas (LNG) per Schiff fehlen dem Konzern die Verflüssigungsanlagen.

Je schlechter es Gazprom geht, desto besser geht es dem Konkurrenten Novatek, Russlands zweitgrößtem und auf LNG spezialisiertem Gasproduzenten - zumindest vorübergehend. Zwar ist auch er zuletzt verstärkt ins Visier der USA geraten, die versuchen, den Ausbau der Kapazitäten zu verhindern. Doch EU-Länder kaufen seit Kriegsbeginn mehr LNG von Novatek. Nachdem der Anteil Russlands an den LNG-Importen der EU-Staaten von 16 Prozent im zweiten Quartal 2022 auf 13 Prozent ein Jahr später gesunken war, stieg er im zweiten Quartal 2024 auf 18 Prozent an. Mit einem Gewinn von 470 Milliarden Rubel steht Novatek auf Platz fünf der Forbes-Liste.

Auch Banken, die 2022 durch den Ausschluss aus dem globalen Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT zunächst in Mitleidenschaft gezogen worden waren, haben sich 2023 zurückgemeldet. Platzhirsch Sberbank wurde mit einem Gewinn von 1,5 Billionen Rubel (rund 14,4 Milliarden Euro) wieder zum zweitprofitabelsten Konzern. Und auch die zweitgrößte Bank, VTB, 2022 noch tief im Minus, wies 2023 plötzlich den sechstgrößten Gewinn im ganzen Land aus. Ihnen kommt zugute, dass die Zentralbank im Kampf gegen die Rubelabwertung und die Inflation den Leitzins gerade im zweiten Halbjahr 2023 auf 16 Prozent erhöhte.

Rückschlag für russisches LNG-Projekt

Arctic LNG 2 ist Russlands wichtiges Flüssigerdgas-Projekt. Geplant war, in der Arktis jährlich bis zu 20 Millionen Tonnen LNG zu produzieren und in die Welt zu exportieren. Das könnte scheitern, denn Indien hat als einer der größten Energieverbraucher der Welt mit Verweis auf westliche Sanktionen entschieden, keine LNG-Lieferungen aus dem russischen Großprojekt zu beziehen. Dies berichtet die Berliner Zeitung. „Wir kaufen keine sanktionierten Waren“, sagte der indische Ölminister Pankaj Jain am 27. September in einer Pressekonferenz. „Dinge, gegen die umfassende Sanktionen verhängt wurden, werden wir nicht anfassen.“ Auch aus Frankreich und Japan gab es Rückzüge. Weitere könnten folgen.

Das Arctic-LNG-2-Projekt, betrieben vom russischen Gaskonzern Novatek, ist eines der ambitioniertesten Projekte Moskaus zur Förderung und zum Export von Erdgas in

Flüssigform. Doch seit der russischen Invasion in der Ukraine haben die USA und die EU eine Vielzahl von Sanktionen gegen das Projekt von Russlands zweitgrößtem Erdgasförderer verhängt.

Bislang hat nach Recherchen der Berliner Zeitung keiner der Tanker der russischen Schattenflotte einen internationalen Hafen angelaufen. Zudem bestreite Novatek, eine solche Flotte zu betreiben oder zu verwalten. Dennoch sei derzeit laut einem Bericht der amerikanischen Nachrichtenagentur Bloomberg die „Asya Energy“ auf dem Weg zu potenziellen Käufern in Nordasien, nachdem das LNG-Schiff Tausende von Meilen durch den Arktischen Ozean gesegelt ist. Es passierte die Südspitze der Halbinsel Kamtschatka im Fernen Osten Russlands, mit einer Ladung aus der Anlage Arctic LNG 2, heißt es. Die Flotte ist direkt von den US-Sanktionen betroffen.

Der „Pioneer“-Tanker, der vermutlich Anfang August die erste Ladung von Arctic LNG 2 geladen hatte, habe inzwischen das Rote Meer durchquert. Laut Bloomberg ist es das erste LNG-Schiff, das in der von Huthi-Angriffen betroffenen Wasserstraße gesichtet wurde. Das Ziel ist bislang nicht bekannt.

[Arctic LNG-2: Indien lässt Russland im Stich – „Wir kaufen keine sanktionierten Waren“ \(berliner-zeitung.de\)](#)

[Nach Klatsche aus Indien: Russischer LNG-Tanker auf geheimer Mission in Asien \(berliner-zeitung.de\)](#)

5. USA

Sanktionen gegen Cyberbande Evil Corp

Die USA, Großbritannien und Australien haben Sanktionen gegen 16 Mitglieder der russischen Cyber-Kriminalitätsbande Evil Corp verhängt. Die böswilligen Cyber-Aktivitäten von Evil Corp seien ein konzertierter Versuch, britische Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Regierung und des öffentlichen Sektors zu schädigen. Cyberkriminelle, die mit Evil Corp, einer seit langem bestehenden russischen Hackergruppe, in Verbindung stehen, wurden am 1. Oktober in einer koordinierten Aktion mit neuen britischen, amerikanischen und australischen Sanktionen belegt.

Zu den sanktionierten Personen gehört laut Pressemitteilung Maksim Yakubets, der lange Zeit die Operationen der Gruppe leitete und auf den das US-Justizministerium ein Kopfgeld von fünf Millionen Dollar ausgesetzt hat. Yakubets pflegte demnach auch enge Verbindungen zwischen Evil Corp und dem russischen Staat, indem er Beziehungen zum FSB und dem russischen Militärangeheimeidienst (GRU) aufbaute.

Die Evil Corp, die für ihre mafiöse Arbeitsweise bekannt sei, führt seit über einem Jahrzehnt weltweit eine Kampagne mit zerstörerischen Cyberangriffen durch. Dazu gehören Malware- und Ransomware-Angriffe auf Einrichtungen des britischen Gesundheitswesens, der Regierung und des öffentlichen Sektors sowie auf privatwirtschaftliche Technologieunternehmen. Ihre Angriffe hätten weltweit Hunderte von Millionen Dollar an illegalen Gewinnen eingebracht.

[UK sanctions members of notorious 'Evil Corp' cyber-crime gang, after Lammy calls out Putin's mafia state - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Neue General License

Die USA haben die neue [Russland-bezogene Generallizenz 13K](#) herausgegeben. Diese genehmigt bestimmte Verwaltungstransaktionen, die ansonsten durch [Richtlinie 4 der Executive Order 14024](#) verboten sind. Richtlinie 4 [verbietet](#) Transaktionen, an denen die Zentralbank der Russischen Föderation, der Nationale Wohlfahrtsfonds der Russischen Föderation und das Finanzministerium der Russischen Föderation beteiligt sind.

Anklagen wegen Sanktionsverstößen

Die USA haben zwei russische und einen deutsch-russischen Staatsangehörigen angeklagt, weil sie angeblich an einem Beschaffungsnetz beteiligt waren, das gegen die US-Ausfuhrkontrollen verstieß. Zhanna Soldatenkova, Ruslan Almetov (beide russische Staatsangehörige) und Arthur Petrov (russischer und deutscher Staatsangehöriger)

werden beschuldigt, im Auftrag eines in Russland ansässigen Unternehmens US-Mikroelektronik beschafft zu haben. Das russische Unternehmen liefert elektronische Komponenten für Hersteller, die das russische Militär mit Waffen beliefern. Es wird geschätzt, dass die Angeklagten Elektronikkomponenten im Wert von mehr als 225.000 Dollar beschafft haben.

[Southern District of New York | Two Russian Nationals Charged For Their Participation In An Illicit Procurement Network That Exported To Russia Sensitive U.S.-Sourced Microelectronics With Military Applications In Violation Of U.S. Export Controls | United States Department of Justice](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Sanktionen gegen LNG-Tanker

Das Vereinigte Königreich hat Sanktionen gegen fünf Schiffe und zwei Unternehmen verhängt, die im russischen Flüssigerdgas-Sektor (LNG) tätig sind. Dies ist das erste Mal, dass LNG-Schiffe direkt ins Visier genommen werden. Ziel sei es, die zukünftigen Energieeinnahmen Russlands weiter zu beschränken. LNG ist eine wichtige Finanzierungsquelle für Putins illegalen Krieg in der Ukraine. Russland plant, seine LNG-Einnahmen zu steigern und seinen globalen LNG-Marktanteil von acht Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Anfang des Jahres hatte Großbritannien zusammen mit den USA und der EU bereits Sanktionen gegen Arctic LNG 2 verhängt. Seitdem musste das Projekt seine Produktion drastisch drosseln. Die neue Maßnahme baue darauf auf, indem sie Schiffe und Einrichtungen im russischen LNG-Sektor ins Visier nimmt, die an Projekten beteiligt sind, die für die zukünftige Energieerzeugung Russlands von Bedeutung sind, heißt es in der Presseerklärung.

Die sanktionierten Schiffe sind:

- PIONEER (IMO 9256602)
- ASYA ENERGY (IMO 9216298)
- NOVA ENERGY (IMO 9324277)
- NORTH SKY (IMO 9953523)
- SCF LA PEROUSE (IMO 9849887)

Sanktioniert werden auch die folgenden mit den Schiffen verbundenen Unternehmen:

- OCEAN SPEEDSTAR SOLUTIONS OPC – Betreiber und Manager von PIONEER und ASYA ENERGY.
- WHITE FOX SHIP MANAGEMENT – Betreiber und Manager von NORTH SKY

[UK constrains Russia's future Liquefied Natural Gas plans - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-constrains-russia-s-future-liquified-natural-gas-plans)

Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen Ölpreisdeckel

Die britische Regierung führt weiterhin 37 Ermittlungen gegen Unternehmen mit Verbindungen zum Vereinigten Königreich wegen Verstößen gegen die russischen Ölpreisobergrenzen durch, dies meldet die BBC. Bei einigen der Unternehmen handelt es sich um maritime Versicherungsunternehmen. Insgesamt gab es seit Dezember 2022 Ermittlungen gegen 52 Unternehmen wegen Verstößen gegen die Preisobergrenze. 15 Untersuchungen wurden ohne Geldstrafen abgeschlossen.

[Dozens of UK-linked firms suspected of busting Russian oil sanctions \(bbc.com\)](https://www.bbc.com/news/business-62844444)

Russland-Sanktionen wegen Einsatz von Chemiewaffen in der Ukraine

Großbritannien hat eine Person und drei Organisationen für den Einsatz chemischer Waffen sanktioniert. Sanktioniert wurden die radiologischen, chemischen und biologischen Verteidigungstruppen der russischen Streitkräfte und ihr Anführer Igor Kirillov. In der Pressemitteilung der britischen Behörden heißt es wörtlich:

„Russische Streitkräfte haben offen zugegeben, gefährliche chemische Waffen auf dem Schlachtfeld einzusetzen, wobei sie in großem Umfang Mittel zur Aufstandsbekämpfung einsetzen und es mehrere Berichte über den Einsatz des giftigen Erstickungsmittels Chlorpikrin gibt, das erstmals auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs eingesetzt wurde.

Die eklatante Missachtung des Chemiewaffenübereinkommens durch Russland stellt einen schweren Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Agenten von Putins Mafia-Staat waren auch für den Einsatz des tödlichen Nervenkampfstoffs Nowitschok auf den Straßen von Salisbury im Jahr 2018 und gegen den Oppositionsführer Alexej Nawalny im Jahr 2020 verantwortlich.

Zu den heute sanktionierten Personen gehören die Truppen für radiologische, chemische und biologische Verteidigung der russischen Streitkräfte und ihr Anführer Igor Kirillov, der für den Einsatz dieser barbarischen Waffen verantwortlich ist. Kirillov ist auch ein wichtiges Sprachrohr für die Desinformation des Kremls und verbreitet Lügen, um das beschämende und gefährliche Verhalten Russlands zu verschleiern.

Außenminister David Lammy sagte:

„Das Vereinigte Königreich wird nicht tatenlos zusehen, wie Putin und sein Mafia-Staat das Völkerrecht, einschließlich der Chemiewaffenkonvention, mit Füßen treten. Ich habe es mir zur persönlichen Aufgabe gemacht, diese bösartigen Aktivitäten zu bekämpfen, und ich werde nicht nachgeben. Russlands grausame und unmenschliche Taktiken auf dem Schlachtfeld sind abscheulich, und ich werde das gesamte Arsenal der mir zur Verfügung stehenden Kräfte nutzen, um Russlands bösartige Aktivitäten zu bekämpfen. Lassen Sie mich eines klarstellen: Putin und diejenigen, die seinen Willen ausführen, werden sich nirgendwo mehr verstecken können. Wir werden weiterhin Sanktionen einsetzen, um die Versuche des Kremls, Angst, Spaltung und Unordnung zu säen, direkt ins Visier zu nehmen und ihnen entgegenzuwirken.“

Verteidigungsminister John Healey sagte:

„Unsere Botschaft an Putin und sein Regime ist klar: Man kann nicht gegen das Völkerrecht verstoßen, ohne die Konsequenzen zu tragen. Wir werden nicht zulassen, dass solch eklatante Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen und die regelbasierte internationale Ordnung ungestraft bleiben. Das Vereinigte Königreich geht hart gegen die Verantwortlichen dieser schrecklichen chemischen Angriffe in der Ukraine vor. Unsere Unterstützung für die Ukraine ist unerschütterlich und wird so lange andauern, wie es nötig ist.

Heute wurden auch zwei Labore des russischen Verteidigungsministeriums sanktioniert, die die Entwicklung und den Einsatz dieser unmenschlichen Waffen an der Front unterstützt haben.“

Pressemitteilung und Listung:

[UK sanctions Russian troops deploying chemical weapons on the battlefield - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-russian-troops-deploying-chemical-weapons-on-the-battlefield)

[Notice Chemical Weapons 081024.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/371024/Notice_Chemical_Weapons_081024.pdf)

Kasachstan

Moskauer MOEX nicht mehr an der kasachischen Börse beteiligt

Die kasachische Börse (Kazakhstan Stock Exchange, KASE) hat den Rückzug der Moscow Exchange PJSC (MOEX) aus ihrem Aktionärskreis bekannt gegeben. Sie reagiert damit auf verstärkte Finanzsanktionen in den USA. Berichten zufolge markiert die Beendigung der Zusammenarbeit mit MOEX, KASE das Ende einer Kooperationsphase, die am 10. Oktober 2018 nach der Unterzeichnung eines strategischen Partnerschaftsabkommens zwischen den Börsen begann.

[Moscow's MOEX No Longer a Stakeholder in Kazakhstan's Stock Exchange - The Times Of Central Asia \(timesca.com\)](https://timesca.com/news/moscow-moex-no-longer-a-stakeholder-in-kazakhstan-stock-exchange)

Ukraine

Ukraine benennt Einzelpersonen und Organisationen

Die Ukraine hat im Rahmen ihrer Sanktionsgesetze restriktive Maßnahmen gegen drei Einzelpersonen und 18 Organisationen erlassen. Bei den Einzelpersonen handelt es sich um:

Axt Alexander, einen deutschen Staatsbürger;
Valerii Hryhorovych Falkovsky, einen ukrainischen Staatsbürger; und
Vladyslav Oleksandrovych Studentyets, ebenfalls aus der Ukraine.

Es wurden keine Einzelheiten zu den Gründen für die Benennungen bekannt gegeben. Informationen zu den ukrainischen Sanktionen finden Sie auf den Seiten zur Ukraine auf dieser Website.

7. Blick über den Tellerrand

EU verhängt Sanktionen wegen Destabilisierung der Republik Moldau

Der Europäische Rat hat am 14. Oktober restriktive Maßnahmen gegen fünf Personen und eine Organisation angenommen, die für Handlungen zur Destabilisierung der Republik Moldau verantwortlich sind. „Die Republik Moldau sieht sich massiven direkten Versuchen Russlands ausgesetzt, das Land zu destabilisieren, sowie Herausforderungen, die sich aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben. Dies ist eine direkte Bedrohung für ein souveränes Land, für sein demokratisches Leben und für seinen Weg in die Europäische Union. Die EU wird die legitimen Bestrebungen des moldauischen Volkes weiterhin nach Kräften unterstützen. Die heutigen Notierungen sind ein weiterer Beitrag zur Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau“, kommentierte Josep Borrell, Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, laut einer EU-Pressemitteilung die Entscheidung.

Auf der neuen Liste steht Evghenia Guțul, die als Gouverneurin („Bashkan“) der autonomen Gebietseinheit Gagausien für die Förderung des Separatismus in dieser Region verantwortlich ist und damit versucht, die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau zu bedrohen.

Hinzu kommen weitere Personen wegen ihrer destabilisierenden Handlungen in Gagausien: Mihail Vlah, Abgeordneter des Baschkans und Berater für Medienarbeit, Iurii Cuznețov, stellvertretender Leiter der Abteilung für auswärtige Angelegenheiten der Region, und Illia Uzun, stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees und Mitglied der gagausischen Nationalversammlung.

Evrazia, eine in Russland ansässige Nichtregierungsorganisation, deren Ziel es ist, die Interessen Russlands im Ausland, auch in der Republik Moldau, zu fördern, wird ebenfalls sanktioniert, ebenso wie ihr Direktor und Gründer, Nelli Parutenco.

Die Vermögenswerte der Betroffenen werden eingefroren, und es ist verboten, ihnen direkt oder indirekt Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gilt für die sanktionierten Personen ein Reiseverbot in die Europäische Union. Die restriktiven Maßnahmen im Rahmen dieser Regelung gelten nun für insgesamt 16 natürliche und 2 juristische Personen.

Die entsprechenden Rechtsakte sind im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden.

[Council Decision \(CFSP\) 2024/2701 of 14 October 2024 amending Decision \(CFSP\) 2023/891 concerning restrictive measures in view of actions destabilising the Republic of Moldova \(europa.eu\)](#)

[Republic of Moldova: Council lists further 5 individuals and 1 entity for destabilising actions - Consilium \(europa.eu\)](#)

EU-Sanktionen gegen Personen und Organisationen aus Iran

Der Rat hat am 14. Oktober Sanktionen gegen sieben Personen und sieben Organisationen im Anschluss an den Transfer von Raketen und Drohnen des Iran nach Russland erlassen. Die Sanktionen umfassen Personen und Organisationen, die für die Entwicklung und den Transfer von unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs), Raketen und damit verbundener Technologie nach Russland zur Unterstützung seines Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie an bewaffnete Gruppen und Organisationen, die den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten und in der Region des Roten Meeres untergraben, verantwortlich sind.

Die Sanktionslisten umfassen drei iranische Fluggesellschaften (Saha Airlines, Mahan Air und Iran Air) und zwei Beschaffungsunternehmen. Diese sind jeweils für die Lieferung und Bereitstellung von in Iran hergestellten unbemannten Luftfahrzeugen und zugehörigen Komponenten und Technologien an Russland über transnationale Beschaffungsnetze verantwortlich, die in dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingesetzt werden sollen. Zwei Unternehmen, die an der Herstellung von Treibmitteln für den Abschuss von Raketen und Flugkörpern beteiligt sind, wurden ebenfalls auf die Liste gesetzt.

Darüber hinaus beschloss der Rat, restriktive Maßnahmen gegen den stellvertretenden Verteidigungsminister des Iran, Seyed Hamzeh Ghalandari, prominente Beamte der Quds-Einheit des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC-QF), des Zentralhauptquartiers des IRGC Khatam al-Anbiya und der Weltraumabteilung der IRGC-Luft- und Raumfahrtstreitkräfte sowie gegen die geschäftsführenden Direktoren der in der EU gelisteten Unternehmen Iran Aircraft Manufacturing Industries (HESA) und Aerospace Industries Organization (AIO) zu verhängen.

Der Iran bestreitet laut einem Bericht des Berliner Tagesspiegel die Lieferung von ballistischen Raketen an Russland. „Ich habe das mehrmals gesagt und sage es noch mal: Der Iran liefert keine ballistischen Raketen an Russland“, sagte demnach Außenminister Abbas Araghtschi vor dem Sanktionsbeschluss. Nach eigener Darstellung hat der Iran eine „strategische Zusammenarbeit“ mit Moskau. Die iranische Führung betont aber, dass diese nicht im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stehe. Der Iran halte die Lieferung von Militärhilfe für Kriegsparteien für unmenschlich, heißt es aus Teheran. Die deutsche Europa-Staatsministerin Anna Lührmann (Grüne) sagte in Luxemburg zu dem Thema: „Es gibt ganz klare Belege darüber, dass der Iran ballistische Raketen geliefert hat und das ist ganz klar nicht mit der Pflicht auf Frieden zu vereinbaren.“

[Iran: seven individuals and seven entities sanctioned in response to Iran's missile transfer to Russia - Consilium \(europa.eu\)](#)

China sanktioniert US-Unternehmen wegen Taiwan

Das chinesische Außenministerium hat drei US-Unternehmen und zehn US-Personen sanktioniert. Die Benennungen werden als Gegenmaßnahmen nach der Entscheidung der USA, Waffen nach Taiwan zu liefern, bezeichnet.

Die sanktionierten Unternehmen sind:

- Edge Autonomy Operations LLC;
- Huntington Ingalls Industries Inc. und
- Skydio Inc.

Bei den Personen handelt es sich um leitende Angestellte der genannten Unternehmen.

Außerdem wurden laut der staatlichen chinesischen Presseagentur Xinhua zwei Aktivisten sanktioniert, die für die Unabhängigkeit Taiwans eintreten.

[Chinese mainland punishes die-hard "Taiwan independence" separatists advocating violence-Xinhua \(news.cn\)](#)

8. Termine

24. Oktober: Business for Business – aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, 9:30:00 – 11:00 Uhr (online)

Wir laden die Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Donnerstag, 24. Oktober 2024 von 09:30 bis 11:00 Uhr (MESZ) ein. Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss am Dienstag, den 22. Oktober 2024.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen steuerliche, rechtliche und Fragen zum Verlassen des Marktes.

Das Programm und Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

11. Dezember 2024: 7. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass das 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, organisiert vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine), am 11. Dezember 2024 von 12:30 bis 17:30 Uhr (MEZ) im Haus der Deutschen Wirtschaft (Breite Str. 29, 10178 Berlin) stattfinden wird.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Dabei sollen insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Energieversorgung und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Der Bundeskanzler Olaf Scholz und der Wirtschaftsminister Robert Habeck haben ihre Teilnahme bereits bestätigt. Auf ukrainischer Seite werden hochrangige Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter teilnehmen. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Weitere Informationen folgen.

Im Ost-Ausschuss steht Ihnen für Rückfragen Regionaldirektorin Osteuropa Alena Akulich gerne zur Verfügung, a.akulich@oa-ev.de

Alle aktuellen Termine mit Ost-Ausschuss-Beteiligung finden Sie online auf dieser Seite:

[Termine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

9. Tipps & Links

Warum die **Russland-Sanktionen** bislang nicht die erhoffte Wirkung erzielt haben, erklärt dieser Beitrag im IPG-Newsletter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vor allem mangelt es an der weltweiten Durchsetzung der Sanktionen, es gebe einfach zu viele Schlupflöcher.

[Die Sanktionen gegen Russland wirken nur begrenzt – Wirtschaft und Ökologie | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](#)

In diesem Beitrag aus dem österreichischen Standard beschäftigen sich zwei Wirtschaftsberater mit einer **Strategie für den russischen Markt** und wägen die bestehenden Risiken bei einem Verbleib und einem Exit gegeneinander ab. Eine Wait-and-see-Strategie sei in jedem Fall zu wenig, so ihr Fazit.

[Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland: Warum sollten sie? - Eastblog - derStandard.at › International](#)

Agathe Demarais von Think Tank ECFR beschäftigt sich in diesem Policy Brief mit den Lehren aus den EU-Sanktionen gegen Russland für den Fall einer Aggression der **Volksrepublik China gegen Taiwan**. Sanktionen müssten schneller, härter und zielgenauer eingeführt werden, so die Empfehlung.

[Hard, fast, and where it hurts: Lessons from Ukraine-related sanctions for a Taiwan conflict scenario | ECFR](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):

[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1_en \(europa.eu\)](#)

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 5. September):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

FAQ zum 14. Sanktionspaket (25. Juni 2024):

[Q&A 14th package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](https://integrityline.com)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](https://de.wikipedia.org)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://treasury.gov)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](https://make-it-in-germany.com)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](https://make-it-in-germany.com) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://agaportal.de)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](https://gtai.de) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](https://gtai.de)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](https://aebrus.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

